

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Gert Weisskirchen MdB zum Problem des Analphabetismus: Den Betroffenen wirksam helfen.

Seite 1

Dr. Rolf Linkohr MdEP zur öffentlichen Anhörung des EP am 22./23. November 1988: Energiestrategien für 1992 prüfen.

Seite 2

Klaudia Martini MdL zur Nutzung der Kasernen der Pershing-II-Streitkräfte: Aussiedlerwohnungen zum Nulltarif!

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB zur Notwendigkeit der europäischen Eisenbahn-Vernetzung: DB-Neubaustrecke Köln-Frankfurt hat höchste Priorität.

Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Politiker Freimut Duve, Vorsitzender des Kulturforums seiner Partei, sprach kürzlich in Berlin über den Glasnost-Begriff. Aus seinem Referat veröffentlichen wir ein Kapitel in zwei Folgen. (Teil II und Schluß)

Seite 5

43. Jahrgang / 223

22. November 1988

Das Problem des Analphabetismus aufdecken Den Betroffenen muß wirksam geholfen werden

Von Gert Weisskirchen MdB

Rund 900 Millionen Menschen sind Analphabeten. Das sind mehr als ein Viertel der Erdbevölkerung. Wenn das Tempo der Alphabetisierung der letzten Jahrzehnte beibehalten wird, dann kann der Anteil nach der Jahrtausendwende auf etwa 22 Prozent gesenkt werden. Unverzichtbare Bedingung ist jedoch, daß die Alphabetisierungskampagnen intensiviert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt und unterstützt daher die UNESCO, 1990 zum Jahr des Kampfes gegen den Analphabetismus zu machen.

Ein Beitrag im Rahmen dieser Kampagne muß es sein, das Problem des funktionalen Analphabetismus auch in der Bundesrepublik Deutschland aufzudecken.

Etwa drei Millionen Erwachsene sind davon bei uns betroffen. Dabei geht es um eine Bevölkerungsgruppe, die Lesen und Schreiben sich als Kulturtechniken nur unvollkommen erworben haben oder teilweise wieder verloren haben. Vergleichbare Industrieländer wie Großbritannien oder die Schweiz verfügen über eine bessere statistische Grundlage als die Bundesrepublik.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, eine Konzeption gemeinsam mit den Ländern vorzulegen, damit

- die Öffentlichkeit über Ausmaß und Bedeutung des Analphabetismus aufgeklärt wird;
- die Betroffenen motiviert werden, sich bewußt und aktiv mit dem Problem auseinanderzusetzen, nicht oder nur unzureichend lesen und schreiben zu können;
- Hemmungen und Ängste zu überwinden, um mit dem Abbau des Defizits zugleich neue Handlungskompetenzen aufbauen zu können.

Es genügt nicht, die Modellpolitik des Bundes zu feiern, wie es heute mit einem Symposium des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft geschieht. Es kommt darauf an, aus diesen Erkenntnissen, die sich aufdrängenden Folgerungen zu ziehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Bundesregierung in einem Antrag zur Entwicklung von „Leseverhalten und Lesekultur“ (Drs. 11/3286) auf, qualitative Maßnahmen zu ihrer Förderung einzuleiten, etwa durch geeignete Überlegungen zur Prävention, durch verbesserte Entwicklung des Bibliothekenwesens, durch zusätzliche außerschulische Bildungsangebote und durch erweiterte Begegnungen zwischen Autoren und Lesepublikum. (-/22.11.1988/vohe/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos Lesung
mit unvalleten Rechte
Koch- und Papp



Energiestrategien für 1992 prüfen

Zur öffentlichen Anhörung des EP am 22./23. November 1988

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

Auf Drängen der französischen Regierung hat die EG-Kommission am 2. Mai 1988 ein Arbeitsdokument mit dem Titel „Der Binnenmarkt für Energie“ vorgelegt, in dem eine Bestandsaufnahme der verschiedenen Hemmnisse vorgenommen wird, die einem gemeinsamen Energiemarkt entgegenstehen.

Die Kommission geht - noch? - nicht so weit wie die französische Regierung, die Mitte dieses Jahres auf einer Sitzung des Energieministerrates forderte, jeder solle seine Energie dort kaufen dürfen, wo er wolle. Dennoch besteht bei der Kommission kein Zweifel daran, daß auch die Energie unter die Bestimmungen des Binnenmarktes fallen muß.

Derzeit werden folgende Schritte vor der Kommission überlegt: Harmonisierung von Bestimmungen und Normen, Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens, Annäherung indirekter Steuern, Beseitigung der Ausschließlichkeit für die Schaffung oder Ausbeutung von Infrastrukturen, Beseitigung von Import- und Exportbeschränkungen.

Ziel der Kommission ist nach ihren eigenen Worten die Kostendeckung und die sichere Versorgung der Gemeinschaft.

Bei allen Unwägbarkeiten, die den Umgang mit dem Thema „EG-Binnenmarkt und Energie“ erschweren, ist eines sicher: der Stromexport innerhalb der EG wird zunehmen und damit werden auch Wettbewerbsprobleme auftreten.

Welche Folgen hätte eine Strategie, die auf den Ausbau von Kernenergie setzt, wie die Kommission es offenbar anstrebt? Wie kann eine ökologisch begründete Energiepolitik der Risikosenkung in der Gemeinschaft aussehen? Wie können die Wettbewerbsprobleme gelöst werden?

Mit der zweitägigen Anhörung von Sachverständigen will sich der Ausschuß für seine Auseinandersetzung mit der Kommission über die konkurrierenden Energie-Strategien, alternativen Lösungsansätze und ihre Folgen unterrichten.

Zum Programm: Das Hearing beginnt am Dienstag, den 22. November um 15 Uhr und endet Mittwoch, den 23. November gegen 12.30 Uhr. Es ist öffentlich und findet im Europäischen Parlament, Brüssel, 97 - 113 rue Beilliard, statt.

Themen sind: Binnenmarkt und Energie/Elektrizität und nationale Energiepolitiken, sowie abschließend: Binnenmarkt - Chancen und Risiken für den Energiebereich.

Als Experten geladen sind unter anderen: Alexis Jacquemin, Katholische Universität Louvain; Rufus Godson, Direktor für ökonomische Planung British Gas p.l.c., London; Botho Riegert, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Düsseldorf; Prof. Dr. Joachim Gräwe, Hauptgeschäftsführer VDEW, Frankfurt; Jean Bergougnoux, Generaldirektor EDF, Paris; Dr. Ing. Franco Viezzolo, Präsident ENEL, Rom. Durch das Hearing führt Berichterstatter Dr. Rolf Linkohr. (-/-/22.11.1988/vo-he/rs)

* * *

Aussiedlerwohnungen zum Nulltarif!

Nach dem Abzug der Pershing-II-Streitkräfte US-Kasernen zivil nutzen

Von Klaudia Martini MdL

600.000 deutsche Aussiedler werden bis zum Jahr 1990 erwartet. Allein in Bayern, so Sozialminister Glück, müßten in den nächsten beiden Jahren mindestens 60.000 Wohnungen für diesen Personenkreis gebaut werden. Auch wenn jetzt CSU-Bundeswohnungsbauminister Schneider mit seinem Milliarden-Programm für Sozial- und Aussiedlerwohnungen „hausieren“ geht, reicht es doch hinten und vorne nicht, um die über eine halbe Million deutschen Aussiedler unterzubringen. Allein für Bayern gibt es nur Bundeszuschüsse für den Aussiedler-Wohnungsbau in Höhe von 90 Millionen Mark.

Mehrere hundert Wohnungen könnte der Freistaat zum Nulltarif haben - dann nämlich, wenn die amerikanische Pershing-II-Einheit aus den Kasernen in Ulm abzieht. Die Staatsregierung wird in einem Parlamentsantrag zur Initiative bei der Bundesregierung aufgefordert, Wohngebäude und Kasernen der US-Streitkräfte in Neu-Ulm - sie sollen nach einem Abzug der Pershing-II-Einheiten selbstverständlich nicht mehr für militärische Zwecke der USA genutzt werden - könnten als Wohnraum für Spätaussiedler erworben und entsprechend umgestaltet werden.

Nach Abschluß des INF-Vertrages werden auch die Neu-Ulmer Pershing II-Raketen verschrottet. Mit dem Abbau der Raketen soll Ende dieses Jahres begonnen werden. Laut INF-Vertrag sind aber nicht nur das militärische Gerät, sondern auch die entsprechenden Spezialeinheiten von den jeweiligen Stationierungsorten abzuziehen. In Neu-Ulm befindet sich die zentrale Pershing-II-Wartungseinheit für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Wenn diese Einheit Neu-Ulm verläßt, dann bietet sich dieser Standort für eine zivile Nutzung an. Es muß im Interesse des Freistaates Bayern sein, alle Möglichkeiten zu nutzen, um Wohnraum für Spätaussiedler bereitzustellen zu können.

Für Neu-Ulm als Standort von Übergangwohnheimen für Spätaussiedler spricht unter anderem auch, daß in dieser Stadt bereits eine Einrichtung zur Integration und Förderung der Kinder von Spätaussiedlern besteht. Das St. Michael-Jugendwerk verfügt über 204 Heimplätze für Spätaussiedlerkinder und eine daran angeschlossene Schule mit 260 Plätzen. In dieser Schule werden die im Heim untergebrachten Spätaussiedlerkinder unterrichtet und auf die Integration vorbereitet. Im Raum Ulm/Neu-Ulm stellt sich ferner die Arbeitsplatzsituation vergleichsweise sehr günstig dar. Diese Region mit ihren etwa 200.000 Bewohnern ist besser für die Integration von Spätaussiedlern geeignet als kleinere Kommunen.

(-/22.11.1988/vo-he/rs)

DB-Neubaustrecke Köln-Frankfurt hat höchste Priorität

Die Bundesregierung muß einen Beitrag zur europäischen Vernetzung leisten

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung muß endlich die Entscheidung treffen für die DB-Neubaustrecke Köln-Frankfurt. Diese Strecke ist für die Bahn unverzichtbar. Sie ist Kernstück eines modernen Schienenschnellfahrnetzes. Nur mit einem Netz dieser Qualität hat das Unternehmen Chancen für die Zukunft. Beispielsweise würde die Fahrtzeit zwischen Köln und Frankfurt von bisher zwei Stunden auf eine Stunde halbiert, das Wirtschaftsergebnis des Unternehmens würde um rund 600 Millionen DM/Jahr verbessert. Das Investitionsvolumen beträgt rund 5,5 Milliarden DM für die ökonomisch und ökologisch günstige Trassenführung.

Die Entscheidung darf die Bundesregierung auch nicht deshalb verzögern, weil noch nicht klar ist, wo in der Bundesrepublik die Anwendungsstrecke für den Transrapid gebaut werden soll. Das Magnetbahnsystem Transrapid darf keine negativen Auswirkungen haben auf den im Bundesverkehrswegeplani vorgesehenen Ausbau des Schienennetzes der DB.

Das Straßennetz in der Bundesrepublik ist in den letzten drei Jahrzehnten leistungsfähig ausgebaut worden. Es gibt heute allein rund 8.500 Kilometer Autobahnen. Diese Baumaßnahmen haben die Wettbewerbsposition des Verkehrssystems Straße durchschlagend verbessert. Diese in Beton gesetzte Ordnungspolitik hat die Produktionsstrukturen des Verkehrssystems Straße konkurrenzlos und die des Verkehrssystems Schiene chancenlos gemacht. Deshalb muß die investitionspolitische Bevorzugung der Straße neutralisiert werden durch eine gleichwertige Förderung der Schiene.

Die DB-Neubaustrecke Köln-Frankfurt ist aber auch europäisch nötig. Sie ist die Verlängerung des Projekts Paris-Brüssel-Köln und damit Bestandteil des Gesamtvorhabens. Der europäische Binnenmarkt braucht ein leistungsfähiges Schienenschnellfahrnetz. Die Schiene hat nicht nur nationale Bedeutung. Sie hat wachsende europäische Dimensionen. Nötig sind Hochgeschwindigkeitsverkehre zwischen den europäischen Wirtschaftszentren.

Auch deshalb muß die Bundesregierung schnell entscheiden. Sobald feststeht, daß Köln-Frankfurt gebaut wird, wird dies die Realisierung des Abschnitts Brüssel-Köln und damit eine europäische Vernetzung beschleunigen. Die Anschlußstrecken von Brüssel nach London und Paris sind bereits im Bau. Die Bundesregierung muß diese Chancen nutzen. Sie darf sich nicht auf schöne Worte beschränken. Sie muß beweisen, daß sie bereit ist, europäisch zu handeln. (-/22.11.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Freimut Duve: Glasnost - ein Erbe der Aufklärung?

(Teil II)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve, Vorsitzender des Kulturforums seiner Partei, hielt kürzlich im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin-Zehlendorf/Königswusterhausen in Berlin einen Vortrag unter dem Titel „Glasnost-Ost, Glasnost-West - Überlegungen zu einer Streitkultur ohne Selbstgerechtigkeit“, aus dem wir das Kapitel „Glasnost - ein Erbe der Aufklärung? Oder: Liegt die Hoffnung im Westen?“ in zwei Teilen veröffentlichen.

Ich will an diese vier Paradoxien erinnern, denn sie tauchen in der einen oder anderen Form in den Äußerungen Gorbatschows und anderer Interpreten wieder auf. Es sind zugleich jene notwendig paradoxen vier Elemente, aus denen heraus, die westliche Verfassungsdemokratie, auch unser eigenes Grundgesetz entstanden ist:

1. Der wichtigste paradoxe Grundwiderspruch der Aufklärung war der Grundsatz, daß ich dafür kämpfe, daß du auch eine verrückte und in jedem Fall unakzeptable Meinung sagen darfst. Dieser berühmte Grundsatz der Aufklärung ist einer der zentralen Ansätze eines radikalen Humanismus. Er wird in dem erwähnten Gespräch von Gorbatschow sehr klar zum Ausdruck gebracht. Er spricht darin von einer neuen Schule der Demokratie; er beklagt, daß die politische Kultur noch nicht ausreicht, Diskussionen zu führen und den Standpunkt des anderen zu achten.

Natürlich war die Aufklärung sehr viel weiter gegangen, denn sie verlangt ja, daß die Absolutheit der eigenen Überzeugungen um dieses Prinzip willen relativiert werden muß.

Es war die bescheidene Erkenntnis, daß auch die richtigsten Meinungen zur Diktatur führen, wenn sie dieses Prinzip verletzen. Darum stand für die Aufklärung dieses Prinzip höher als jede religiöse oder ideologische, jede katholische oder marxistische Grunderkenntnis über das Sein der Menschen.

Wenn nicht derjenige, der von seiner Ideologie absolut überzeugt ist, trotzdem auch dafür kämpft, daß die anderen das äußern, was nach seiner Meinung dummes Zeug ist, so ist auch die eigene Überzeugung dazu verdammt, diktatorische Wirkung auszuüben und Demokratie und Freiheit zu vernichten.

Ich will hier über den Aspekt der Macht und der Interessen nicht schweigen. Sie machen hehre Prinzipien leicht zunichte. Aber wer über Wortkultur redet, muß sich zunächst einmal auch im Gehäuse der aufklärerischen Wortkultur auskennen.

2. Ich komme zur zweiten Paradoxie der Aufklärung, und auch sie ist im westlichen parlamentarischen System verankert. Und auch sie klingt in allen Glasnost-Diskussionen mit: Die Fähigkeit, einen einmal beschrittenen Weg revidieren zu können, stets in der Lage zu sein, ein Konzept zu verändern, um Erstarrung und Versteinerung, um Bürokratie oder Ritualisierung zu vermeiden.

Da wir uns auch bei uns fast täglich mit dem Problem der Erstarrung und den manchmal sogar Gewalt ausübenden Wirkungen von Scheuklappenfortschritt herumschlagen, könnte man bei dieser zweiten Ebene von einem Fortschritt aus Rücksicht sprechen. Es war vielleicht kein Zufall, daß Lessing den Begriff „Respekt“ aus dem Lateinischen eingedeutscht und dieses Wort als erster in unsere Umgangssprache eingeführt hat. Rücksicht heißt auch Zurückschauen auf das, was man angerichtet hat. Heißt Verantwortung übernehmen für die tiefen Spuren, die man der Vergangenheit wie Wunden zugefügt hat.

Respekt und Revisionsfähigkeit - ein großes Erbe der Aufklärung.

3. Das dritte paradoxe Prinzip der Aufklärung ist auch eingebettet in unsere parlamentarische Demokratie, ist auch erkennbar in den neuen Konflikten und Auseinandersetzungen in Osteuropa, vor allem in der Sowjetunion seit Gorbatschow: Das Prinzip, daß der öffentliche Disput, das Spiel der Mächtigen immer so verantwortungsvoll vonstatten gehen muß, daß die Entscheidung der Mehrheit, in guten wie in schlechten Tagen die Minderheiten zu schützen, nicht zerbrochen wird.

Dazu gehört die Erkenntnis, daß der Konflikt zwischen Mehrheiten und Minderheiten auch immer ein Konflikt zwischen Realität und Fiktion ist. Zu Minderheiten gehören wir alle, Minderheiten sind wir alle. Mehrheiten sind Fiktionen des Wahltages, der emotionalen Stimmung, der Sporthalle, der aufgepeitschten Gefühle, der Umfrageergebnisse.

Natürlich ist auch dies eine der paradoxalen Erkenntnisse und eine der paradoxalen Forderungen der Aufklärung: institutionalisierten Minderheitenschutz als Selbstschutz zu begreifen.

Nur wer für den Schutz von Minderheiten zu kämpfen bereit ist, kämpft auch für seinen eigenen Schutz in all den Aspekten seiner Existenz, in denen er selber zu einer Minderheit gehört.

4. hat die Aufklärung trotz aller Einsichten in die Relativität des jeweils Erkannten und Erreichten das Element der Utopie der über den erkennbaren Horizont geworfenen Träume gefordert. Wer die zeitgenössische sowjetische Literatur liest oder in der Lage ist, Debatten in Ungarn oder Bulgarien zu verfolgen - ich selber spreche keine jener Sprachen und muß mich also mit Übersetzungen begnügen -, der weiß, daß das Element der Utopie, auch der konkurrierenden Utopien, eines der Fermente der neuen Diskussion ist. Auch insofern sind wir Zeugen eines Prozesses, der ganz wesentlich von der Aufklärung bestimmt ist.

Natürlich ist mir bewußt, wieviel aufklärungsskeptische Literatur erscheint, auch in der Sowjetunion, doch gewiß nicht mehr als bei uns, wo es in letzter Zeit geradezu modisch geworden ist, Juwelen der Aufklärung in den verschlickten Dorfteich des provinziellen Zynismus zu werfen.

Mancher Narziß unter den Zynikern der 80er Jahre glaubte, wenn er sich über den verdreckten, aber spiegelnden Teich beugte, das kalte Gesicht des Weltgeistes zu erblicken. Hätte er genau geguckt, hätte er beim Anblick der eigenen hedonistischen Provinzialität auf der Stelle die Flucht ergriffen.

Es ist kein Zweifel, daß das immanente Ziel der Debatten, die im Rahmen von Glasnost stattfinden, das liberale Erbe der Aufklärung ist. Es geht um dieses Bild, das Menschen, die eine lange Zeit der geistigen Gängelung und Bevormundung hinter sich haben, von geistiger Freiheit sich machen, die sie sich im real existierenden Westen ersehnen.

Ich spreche nicht vom Ausreisewunsch, ich spreche von der Freiheitshoffnung der Wortkultur.

(-/22.11.1988/vo-he/rs)

* * *